en.
Pfg.
"
"
"
"
ch
stwendend Ihre
e sind trotz des
erhalten solche
ne
tsch.
t unübertroffen,
00 Gr.-Packung.

Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 80 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Fam.-Sprchr. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 10 Mill. ℳ Mehr.-Zeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 36. | Neuenbürg, Dienstag, den 12. Februar 1924. | **82. Jahrgang.**

Deutschland.

Stuttgart, 11. Febr. Wie der Württ. Landespressedienst der T.-U. zuverlässig erfährt, hat die Zentrumsfraktion des Landtags dieser Tage eingehend zur Frage der Oberamtsaufteilung Stellung genommen. Mit allen gegen 3 Stimmen wurde die Zustimmung zu der geplanten Aufteilung abgelehnt. Damit würde, wenn das Zentrum dabei verharrt, dem Gesetz die parlamentarische Mehrheit fehlen.

Koblenz, 10. Febr. Dem von der Rheinland-Kommission erteilten Befehl entsprechend, haben die Separatisten das von ihnen seit dem 25. Oktober besetzte Schloß gestern völlig geräumt. Die Verräterfahne wurde heruntergeholt.

Berlin, 11. Febr. Einem Speyerer Telegramm der „deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge hat General de Metz neuerdings ausländischen Pressevertretern erklärt, daß die sogenannte separatistische Regierung eine Minderheitsregierung sei.

Disziplinierung eines Münchener Richters.

München, 11. Febr. Eine der führenden Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei, zugleich einer der bekanntesten Richter, Amtsgerichtspräsident Franz Riß, wurde vom Disziplinarhof für richterliche Beamte beim obersten Landgericht zu einem scharfen Verweis, zu 50 Goldmark und dem Recht der Strafversetzung verurteilt. Als vor einigen Wochen die „Münchener Post" spaltenlang über Verfehlungen des Amtsgerichtspräsidenten Riß Mitteilungen machte, die dahin gingen, daß Riß sich in seiner Eigenschaft als Präsident verschiedener Jugendheime und Besserungsanstalten die Lebensmittel dieser Anstalten zu Privatzwecken und Schwelgereien angeeignet habe, begegnete man diesen Angaben mit Zweifel. Nunmehr ist nach Durchführung des Disziplinarverfahrens und der Verhängung dieser Strafe wohl erwiesen, daß die Angaben der „Münchener Post" nicht so unrecht gehabt haben können. Der Generalstaatsanwalt hat eine schärfere Strafe beantragt.

Der Reichskanzler über Fortführung der Reparationspolitik.

Berlin, 10. Febr. In einer Unterredung mit dem Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes, Dr. Hildebrand, erklärte der Reichskanzler u. a., er erwarte, daß die Sachverständigenausschüsse zu einer ähnlichen Ansicht kommen dürften, wie sie deutscherseits vertreten werde, daß nämlich Deutschland seinen Haushalt balancieren und seine Valuta stabilisieren könne nur unter der Voraussetzung, daß im Ruhrgebiet sobald wie möglich die wirtschaftliche und die finanzielle Hoheit des Reiches wieder hergestellt werde. Der Kanzler führte aus, daß der Standpunkt der Reichsregierung in der Reparationsfrage der gleiche sei, wie er in dem deutschen Memorandum vom Juni 1923 dargelegt worden sei. Er erwähnte in diesem Zusammenhange die Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands seit der Mitte des vorigen Jahres. Der Kanzler sagte zum Schluß, von einem Deutschland, das durch den künstlich geschürten Separatismus und dauernde Bedrückungen beunruhigt und in ständiger Erregung gehalten werde, sei Arbeit für Reparationen nicht zu erwarten. Wenn die Arbeiten der Komitees der Sachverständigen zur Vertiefung dieser Erkenntnis beitrügen, so würden sie nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern der gesamten Menschheit außerordentliche Dienste erweisen und aus der gegenwärtigen Situation Europas den schlimmsten Brandherd entfernen.

Ein befriedigendes Ergebnis.

Berlin, 9. Febr. Das Erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgendes Kommunique: „Die Arbeiten des Ersten Sachverständigenkomittes haben dazu geführt, mit Einstimmigkeit in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank anempfehlen wird, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Rentenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die diesem Entwurf zugrundeliegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Kenntnis gebracht worden, der durchaus den Eindruck hat, unter dem auch die Sachverständigen selber stehen, daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutsamste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Valuta und zur Ausbalanzierung des deutschen Etats erweisen wird. Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten werde, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Dr. Schacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei der Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung einer Goldbank es so einrichten wolle, daß ihr Aufgehen in die von dem Komitee vorgeschlagene Notenbank erleichtert werde. Dr. Schacht wird am 18. Februar mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammentreten."

Ausland.

Paris, 11. Febr. Die Regierung hat in der Kammer über ihre Sparabsichten erklärt, daß im Geschäftsjahr 1924 keine neuen Dienststellen geschaffen werden sollen; ferner hat sie eine 20-prozentige Erhöhung der Steuern in Aussicht gestellt.

London, 11. Febr. Lloyd George hat dem Auswärtigen Amt die den „Geheim-Vertrag" betreffenden Schriftstücke zurückerstattet und mit einem Schreiben begleitet, worin er sein Bedauern über das „Mißverständnis" ausdrückt. (Hier spielt sich etwas hinter den Kulissen ab. Schriftl.)

Moskau, 11. Febr. Der neugewählte Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Rykow, erklärte einem Vertreter der Russischen Telegraphen-Agentur: Rußlands Beziehungen zu Deutschland hätten sich nach dem Vertrag von Rapollo sehr erfolgreich entwickelt und für beide Teile Nutzen gebracht. Sie würden, wie er hoffe, auch weiterhin ebenso erfolgreich ausgebaut und gefestigt.

Ein Vernichtungsurteil über Poincares Politik.

Das Abkommen über den Eisenbahnverkehr in der britischen Zone gibt dem „Journal des Debats" Anlaß zu erklären, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie baldigst verschwinden müsse. Im Interesse der Besatzungsmächte und der besetzten Gebiete müßten die fremden Eisenbahner nach Hause zurückkehren. Es sei gut gewesen, während der kritischen Tage des passiven Widerstandes die Taten der Eisenbahnregie zu loben. Heute aber wäre es lächerlich, sie als die Verwirklichung der Prosperität oder als ein Instrument der Zukunft hinzustellen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Schaffung eines internationalen Organismus Sicherheitsgarantien und eine versöhnliche Verwaltung erzeugen könnte. Das verlange Frankreich, und zwar geführt von Persönlichkeiten, die gesunde Ideen hätten. Seit 1919 hätten die professoralen Lehren in Frankreich ebensoviel Schaden gebracht, wie bei den Deutschen. Man habe geglaubt, die Vergangenheit kopieren zu können, aber der Geist der Nachahmung sei verhängnisvoll. Man könne auf die Deutschen von 1924 nicht die Methoden von 1648 und 1807 anwenden. In gewissen französischen Kreisen habe man den grundlegenden Irrtum begangen, anzunehmen, die französische Sicherheit werde sich aus einer unbegrenzten französischen militärischen Besetzung ergeben. Man habe nicht darüber nachgedacht, daß diese Besetzung nicht nur die Deutschen, sondern alle Welt unvermeidlich gegen Frankreich aufbringen werde, und daß die allgemeine Lage Frankreichs selbst in militärischer Hinsicht dadurch sehr geschwächt werde. Unter den Umständen, unter denen der Krieg beendet worden sei, hätte man sich bemühen müssen, an der Ostgrenze internationale Garantien, gegründet auf einen Verwaltungsorganismus und eine militärische Kontrolle, zu schaffen. Das hätte man so einrichten müssen, daß es dem rechtsrheinischen Deutschland fast unmöglich geworden wäre, einen neuen Angriff durchzuführen. Für alle Personen, die Deutschland und die deutsche Geschichte kannten, hätte dieses Verwaltungssystem nicht in einem Separatismus bestehen dürfen. Es wäre leicht gewesen, das Rheinland mit einem Statut zu versehen, das diese Provinzen gesichert hätte, ohne die patriotischen Leidenschaften zu schüren. Die übergroße Mehrheit der Rheinländer fürchte ebenso sehr wie die Franzosen, ja sogar noch mehr, einen neuen Krieg. Sie seien vorbehaltlos geneigt, Maßnahmen anzunehmen, ja sogar vorzuschlagen, die Frankreich und das Rheinland schützen könnten.

Der Wiederaufbau der türkischen Handelsflotte.

Die Türken wollen sich nicht nur eine neue Kriegsflotte schaffen, deren Grundstock der deutsche Kreuzer „Goeben" werden wird, sondern sie sind auch eifrig dabei, ihre Handelsflotte wieder aufzubauen. Wie einem Berichte von „Werft, Reederei, Hafen" zu entnehmen ist, war die türkische Handelsflotte durch den Krieg von 110 000 Tonnen auf etwa 48 000 Tonnen zusammengeschmolzen, die zum größten Teil aus alten und verbrauchten Schiffen bestanden. Dieser Schiffsbestand ist jedoch bereits durch manche Zugänge erweitert worden, so daß die türkische Handelsflotte schon wieder 456 Schiffe mit 83 000 Tonnen zählt. Diese Handelsflotte reicht aber für die Bedürfnisse des Landes bei weitem nicht aus; sie genügt nicht einmal für die Beförderung von Passagieren und Gütern zwischen türkischen Häfen. Nach dem Vertrage von Lausanne ist die Küstenschiffahrt der türkischen Flagge vorbehalten. Die Türken streben jetzt danach, auch regelmäßige Verbindungen mit ausländischen Häfen einzurichten und mit den fremden Handelsschiffen nach Möglichkeit in Wettbewerb zu treten.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 11. Febr. (Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Tollwut.) Die Tollwut hat in der letzten Zeit eine sehr starke Ausbreitung erlangt. Nach dem Stande am 31. Dezember 1923 herrschte nach einer Zusammenstellung des Reichsgesundheitsamts diese für Mensch und Tier so gefährliche Seuche in 441 Gemeinden und 448 Gehöften. Es sind deshalb umfassende behördliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche notwendig geworden. So hat nun das Ministerium des Innern am 23. Januar 1924 eine Verfügung über weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Tollwut ergehen lassen, wonach u. a. in den gefährdeten Bezirken Hundemärkte und ähnliche Veranstaltungen nicht abgehalten werden dürfen. Der Bund der württembergischen kynologischen Vereine hat seine Mitwirkung bei der Bekämpfung der Tollwut zugesagt und wird darauf achten, daß zu den außerhalb der gefährdeten Bezirke stattfindenden hundesportlichen Veranstaltungen keine Hunde aus den gefährdeten Bezirken zugelassen werden. Auf jeder derartigen Veranstaltung ist ein Vertreter des Bundes der württ. kynologischen Vereine zugegen, der die Fernhaltung von Hunden aus den gefährdeten Bezirken streng überwachen wird. Außerdem ist durch Zuziehung von Tierärzten, die jeden Hund bei der Einlieferung zur Schau oder Ausstellung sehr sorgfältig auf seinen Gesundheitszustand zu prüfen haben, Vorsorge getroffen, daß kranke Hunde von den Veranstaltungen ferngehalten werden.

Neuenbürg, 11. Febr. In großer Zahl hatten sich Sonntag nachmittag die Mitglieder des Bezirks-Konsumvereins zur Teilnahme an der Generalversammlung in der Turnhalle eingefunden. Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden, Eisenbahnobersekretär Moll, und Berufung eines Schriftführers in der Person von Kaufmann Strohm stellte er die vollzählige Anwesenheit der Vorstandsmitglieder fest. Von Mitgliedern des Aufsichtsrats fehlten als entschuldigt August Strohm, beruflich ortsabwesend, Julius Baumann und Fauth-Feldrennach. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Versammlung satzungsgemäß einberufen wurde und erteilte hierauf Geschäftsführer Steinmetz das Wort zum Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1922—1923.

Der Bericht erwähnt eingangs die schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens und den Zerfall der Währung, den Taumel der Millionen, Milliarden und Billionen und die infolge Stillegung der Notenpresse inzwischen eingetretene Besserung. Die Teuerungswelle steigerte sich von Tag zu Tag. Auch für die Verwaltung war es außerordentlich schwer, infolge der Geldentwertung den Betrieb aufrecht zu erhalten. Durch die Kaufkraft der Mitglieder lichteten sich die Lager und trotz sorgfältiger Kalkulation war die Wiederbeschaffung der Waren mit dem vereinnahmten Gelde infolge der Geldentwertung beinahe unmöglich. Das Betriebskapital zerfloß wie Butter an der Sonne, so daß mit der Zeit eine allgemeine Warenknappheit eintrat. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten gelang es einigermaßen, die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen und damit die Mitglieder zu versorgen. Der Warenumsatz steigerte sich ins Ungeheure und damit die Arbeit. Die Mitgliederzahl erfuhr einen weiteren Zuwachs infolge Schaffung der Filialen Schömberg, Kapfenhardt und Salmbach, die damit auf 11 stiegen. Alle diese Geschehnisse brachten für die Verwaltung ein ungemein großes Maß von Arbeitsleistung und Pflichterfüllung. Mit Einkehr stabilerer Verhältnisse trat endlich eine Besserung ein. Die Preissenkung brachte große Verluste, weil die Waren teurer eingekauft wurden. Das Warenangebot ist jetzt größer, dafür aber ein allgemeiner Geldmangel zu verzeichnen. Das Betriebskapital mangelt, weil dasselbe wie überall durch die Geldentwertung zerschlagen wurde. Auch im Bezirkskonsum-Verein muß man nach den schweren Zeiten von vorne beginnen. Mit der Aufforderung an die Mitglieder, auch ihrerseits dazu beizutragen, daß die Genossenschaft in der Lage sei, ihren Aufgaben gerecht zu werden, schloß der Bericht.

Der von Kassier Frey vorgetragene Kassenbericht erwähnt ebenfalls die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage, die es im letzten Jahr erschwerte, die Genossenschaft leistungsfähig zu erhalten. Jedes einzelne Mitglied habe die furchtbaren Folgen unseres Währungszerfalls zur Genüge an sich selbst erfahren. Der Bericht erwähnt weiter die Knappheit der zur Verfügung stehenden Barmittel. Viele Mitglieder hätten pflichtgemäß ihren Geschäftsanteil einbezahlt, viele aber auch nicht, letzteres verdiene Tadel. Einer Verwaltung sei es unmöglich, ihren Betrieb in geordnetem Umfange aufrecht zu erhalten, wenn ihr die Mittel von den Mitgliedern vorenthalten werden. Durch Inanspruchnahme von Bankgeldern aber verteuern sich die Waren. Es liege im Interesse der Mitglieder selbst, wenn sie die Geschäftsanteile voll und ganz einbezahlen und die Verwaltung damit in den Stand setzen, den Betrieb nutzbringend auch für den Einzelnen zu gestalten. Der in seinen Einzelheiten vorgetragene Kassenbericht, welcher heute, wie der Kassier bemerkte, nichts mehr bedeutet, ergab nach den üblichen Abschreibungen usw. einen Reinertrag von 23 119 409.05 Papiermark. Der Mitgliederstand betrug am 30. September 1922 1585, Zugang bis 30. Juni 1923 363, Abgang 25, Gesamtzahl der Mitglieder am 30. Juni 1923 1923 Mitglieder, heutiger Stand rund 2000.

An Stelle des beruflich ortsabwesenden Aufsichtsratsmitgliedes August Strohm brachte Aufsichtsratsmitglied und 2. Vorsitzender Aymar-Birkenfeld den Bericht über die stattgefundene Rechnungsprüfung durch Verbandsrevisor Gläser zur Kenntnis, der, abgesehen von einigen durch die Zeitumstände hervorgerufene Mißstände, den guten Stand der Genossenschaft hervorhebt und weitere der Sache dienliche Ratschläge erteilt. Die Versammlung nahm alle Berichte ohne Einspruch zur Kenntnis.

Vorsitzender Moll ging kurz auf die Schwierigkeiten des Vorjahres ein. In 13 Sitzungen habe der Aufsichtsrat Beschlüsse nach bestem Wissen und Gewissen gefaßt. Die ungenügende Einbezahlung der Geschäftsanteile, die allerdings in den Zeitverhältnissen begründet sei, erschwerte den Betrieb. Was in den Rechenschaftsberichten vorgetragen wurde, sei einwandfrei und nicht zu beanstanden, wie dies auch aus der Rechnungsprüfung durch den Verbandsrevisor hervorgehe. Er glaube im Sinne der Mitglieder zu handeln, wenn er der gesamten Verwaltung und dem Personal Dank für deren Tätigkeit ausspreche.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich außer dem 1. und 2. Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und Kassier die Genossenschafter Karl Titelius, Wilh. Finkbeiner, Geuß, Wilh. Schönthaler, Knüppel, Bäuerle, Roller, Röck, Bischof u. a. In derselben wurde teilweise scharfe Kritik an der Geschäftsführung und Verwaltung geübt und gewünscht, daß hierin eine Wendung zum besseren eintrete. Auch das gute Einvernehmen zwischen den Vorstandsmitgliedern wurde angezweifelt und tadelnd die verspätete Einberufung der Generalversammlung erwähnt. Eine langandauernde, unerquickliche Debatte, in welcher die Gegensätze scharf aufeinanderprallten, entstand, als die Kündigung des bisherigen Lagerhalters Röck durch die Verwaltung zur Sprache kam. Vorstand und Aufsichtsratsmitglieder gaben die Gründe für ihr Verhalten in dieser Angelegenheit bekannt und rechtfertigten ihre Stellungnahme unter besonderer Betonung ihrer Rechte als solcher. Bäuerle-Engelsbrand zeigte aufrichtiges Bestreben, in dieser wie in anderen Fragen zu vermitteln, gleiches darf von Aufsichtsratsmitglied Aymar gesagt werden. Geschäftsführer Steinmetz und Kassier Frey legten scharfe Verwahrung gegen die zur Sprache gebrachten Vorwürfe ein, ebenso der Vorsitzende. Andererseits wurde aus der Mitte der Versammlung das Recht der Kritik im Interesse der Genossenschaft bejaht. Zugegeben wurde, daß Geschäftsführer Steinmetz seine ganze Kraft der Genossenschaft in ausgedehnter Weise widmete, daß aber die Anforderungen des letzten Jahres ihm wie so manch anderen über den Kopf wuchsen. In der Aussprache erfuhr man u. a., daß an Stelle des Lagerhalters Röck durch den Aufsichtsrat der bisherige Geschäftsführer Steinmetz berufen wurde. Die Frage der Anstellung eines gewandten, kaufmännisch gebildeten, im Einkauf wie in der Gesamtleitung tüchtigen und im Genossenschaftswesen erfahrenen Geschäftsführers und die Zulassung weiterer durch die Generalversammlung zu stellender Anträge gab Veranlassung zu einer längeren Aussprache. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, daß Anträge auch von der Generalversammlung noch gestellt werden können. In diesem Zusammenhang wurde später beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Geschäftsführer auszuschreiben, welcher den oben erwähnten Anforderungen entspricht; die Verwaltung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wird ermächtigt, denselben auf Grund der eingegangenen Bewerbungen vertraglich anzustellen.

Der Vorsitzende stellte nunmehr den Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes, welchem stattgegeben wurde.

Durch Reichsgesetz ist angeordnet, daß jeder ordentliche Kaufmann auf 31. Dezember 1923 sein Vermögen in Goldmark umzustellen hat. Dasselbe gilt auch für den Bezirks-Konsumverein. Die Goldmarkbilanz ist gleichzeitig eine Eröffnungsbilanz. Die von dem Kassier vorgetragenen Zahlen weisen auf 31. Dezember 1923 auf Aktiva Goldmark 53 538.—, Passiva Goldmark 37 118.—. Es ergibt sich sonach ein Vermögensstand von Goldmark 16 420.—. Unter den Passiven sind die Geschäftsanteile zu 50 Prozent, Spareinlagen, Anlehen und Grunderwerb-Anleihe voll aufgewertet inbegriffen.

Ueber die Frage der Aufwertung machte Kassier Frey erläuternde Mitteilungen. In Betracht kommen die Geschäftsanteile, Spareinlagen, Anlehen und Grunderwerbs-Anleihe. Obwohl die Verbandsleitung von der Aufwertung abrate, stelle er der Versammlung anheim, sich darüber zu entscheiden. Wenn aufgewertet werden wolle, müsse eine Zeitspanne von mindestens 5 Jahren verlangt werden, wobei vorauszusetzen ist, daß die Wirtschaftsverhältnisse keine Verschlechterung erfahren. Von der Aufwertung ausgeschlossen sind Guthaben, welche abgehoben wurden und die Ansprüche ausgetretener Mitglieder. Nach den gemachten Vorschlägen einigte man sich dahin, die Geschäftsanteile mit 50 Prozent, Spareinlagen, Anlehen und Grunderwerb-Anleihe voll aufzuwerten.

Nach entsprechender Begründung wurde der neue Geschäftsanteil eines Mitglieds auf 30 Mark, das Eintrittsgeld auf eine Goldmark festgesetzt und als dringend notwendig bezeichnet, daß die im Erwerbsleben stehenden Mitglieder wöchentlich mindestens eine Mark, Erwerbslose und Kurzarbeiter monatlich eine Mark auf den Geschäftsanteil einzahlen sollen. Das neue System der Sparmarken, die in den Verkaufsläden aufliegen, wurde besonders zur Benützung empfohlen. Dringend nötig sei, daß der Verein recht bald in den Besitz genügender Barmittel komme, um die teuren Bankgelder entbehren zu können.

Gemeinderat Blaich ersuchte in bezug auf die rückständigen Kartoffelschuldner die Verwaltung, dafür zu sorgen, daß diese Schulden umgehend beglichen werden. Auch das Borgsystem müsse aufhören.

Zum Punkt Neuwahlen erklärte der Vorsitzende, daß satzungsgemäß das 3. Vorstandsmitglied Hartmann und 4 Aufsichtsratsmitglieder, welche durchs Los bestimmt wurden, auszuscheiden haben, die Ausscheidenden können wiedergewählt werden. Kassier Frey erklärte, nachdem er heute in den Kot gezogen und angepöbelt wurde, scheide auch er aus. Kontrolleur Hartmann lehnte eine Wiederwahl entschieden ab und begründete dies mit starker beruflicher Inanspruchnahme. Ueber den Rücktritt von Kassier Frey setzte es eine lange Aussprache ab, in der zum Ausdruck kam das unbestreitbare Verdienst, welches derselbe sich seit Bestehen der Genossenschaft um dieselbe erwarb, seine Unersetzlichkeit und der Umstand, daß sein Rücktritt die Verwaltung wie Versammlung gänzlich unvorbereitet traf. Er wurde dringend gebeten, das Amt wieder zu übernehmen, wenn einstimmig seine Wiederwahl erfolge, da es sonst auch anderen Aufsichtsratsmitgliedern schwer würde, weiter im Amt zu verbleiben. Nachdem auf verschiedene Vorschläge für den Kontrolleur ablehnende Bescheide erfolgten, wurde mit Stimmenmehrheit Karl Titellus zum Kontrolleur berufen und einstimmig Kassier Frey wiedergewählt. Beide nahmen die Wahl an. Aus dem Aufsichtsrat scheiden satzungsgemäß aus die Mitglieder Vorsitzender Moll, Strohm, Wiedmann-Neuenbürg, Fauth-Feldrennach. Es wurden gewählt Moll und Drollinger-Neuenbürg, Fauth-Feldrennach und Kraft-Schömberg. Die Gewählten nahmen die Wahl an.

Von Karl Hagenbuch und Gen. lag ein schriftlicher Antrag vor: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Einzahlungen für Kartoffeln zum amtlichen Kurs des Zahlungstages berechnet werden. Nach eingehender Begründung durch den Antragsteller und Klarlegung des Falles durch den Kassier und nachdem sowohl von diesem wie vom Aufsichtsrat unter Hervorhebung der Schwierigkeiten einer nachträglichen Berechnung wie aus der Mitte der Versammlung dazu Stellung genommen worden war, erfolgte Ablehnung des Antrages.

Auf die Anfrage wegen des Obstgeldes vom vorigen Jahr wurde die Antwort, daß dieses als Sparrinlage gutgeschrieben sei. Damit war die Tagesordnung erschöpft und Vorsitzender Moll schloß nach vierstündiger Dauer unter Worten des Dankes für die Mitarbeit die Versammlung.

Neuenbürg, 12. Febr. Samstag abend wurde in der Bahnhofwirtschaft ein Koffer mit einem Photographenapparat samt Zubehör zur Aufbewahrung übergeben, der aber nach kurzer Zeit verschwunden war. Nach Anzeige von den Landjägerbeamten angestellte Erhebungen führten zur Ermittlung der Täter in der Person des 1884 geborenen Gottl. Reuster in Brötzingen, bei welchem der Koffer samt Photographenapparat und Zubehör im Wert von 500 Goldmark sich vorfand, und des 1886 geborenen Gottl. Volk von Obernhausen, die beide festgenommen wurden.

Neuenbürg, 12. Febr. Ganze Arbeit leistete Montag abend ein Langholzfuhrmann, der so unvorsichtig mit seinem Fuhrwerk sich benahm, daß er bei Drechslermeister Weik nicht nur 2 ganze Schaufenster demoliert, sondern auch die Läden durch die Stämme stark beschädigt wurden. Wenn einigermaßen mehr Vorsicht beobachtet würde, könnten derartige Dinge, die bedeutenden Schaden und für die Betroffenen Unannehmlichkeiten und Geschäftsschädigungen zur Folge haben, nicht vorkommen.

Neuenbürg, 12. Febr. Die Einzugsfrist für die Württ. Industrie- und Handels-Goldnote wurde bis 29. Februar verlängert.

Neuenbürg, 11. Febr. (Ausnutzung der kleinsten Flächen zum Obstanbau.) Obgleich für die Landwirtschaft und den Gartenbau so viel getan ist und jedes Stück Land nutzbar gemacht wird, gibt es doch noch fast auf jedem Anwesen einen ungenützten Ort, der ein angelegtes Kapital reich verzinsen würde. Wir meinen die leerstehenden Wandflächen an Gebäuden. Jede nach Süden oder Osten gelegene Wandfläche sollte mit Spalierobst oder Reben bepflanzt sein, wie es in Belgien und Südfrankreich der Fall ist. Die nach Norden und Westen gelegenen Wandflächen können mit Schattenmorellen bepflanzt werden. Es ist dies sicher nur eine kleine Arbeit, die einen großen Ertrag bringen dürfte.

Höfen a. d. Enz, 12. Febr. Unserem Mitbürger Ludwig Schwarz ist es heute vergönnt, sein 75. Lebensjahr zu vollenden. Er ist in seiner engeren Heimat nicht nur als ein tüchtiger Schlossermeister, sondern auch als ein fröhlicher Poet bekannt. Besonders die älteren Leser des Enztäler werden sich noch an manches seiner heiteren und ernsten Gedichte erinnern. Mit Recht hat ihm August Holder in seinem, dem Württ. Schwarzwaldverein gewidmeten Büchlein „Sieben Schwaben als Schwarzwälder Dialektdichter" ein schlichtes Denkmal gesetzt. Wir entnehmen dem schmucken Bändchen, das 1913 bei Kaupert in Freudenstadt erschien, folgende Angaben über den Jubilar: L. Schwarz ist am 12. Februar 1849 als Sohn eines Wundarztes zu Calmbach geboren. Dessen Vater war Pfarrer in Hausen ob Lontal und weitere Vorfahren saßen auf den Pfarreien zu Langenbrand und Dobel. Schon im 7 Jahren verlor Ludwig seinen Vater, und da die Mutter fast mittellos war, konnte sie den begabten Knaben nur die Volksschule besuchen lassen. Mit 14 Jahren kam er zu einem Schmied in die Lehre, ging aber später zur Schlosserei über. Nach zehnjähriger Wanderschaft im deutschen Vaterland machte er sich 1889 in Höfen an der Enz ansässig. Schon früh regte sich in ihm der Drang zur Dichtkunst. Er zeigte von jeher einen offenen Sinn für die wichtigen Ereignisse des Tages und die inneren Regungen des deutschen Volkes, namentlich aber für die Ergebnisse der geschichtlichen Forschung auf dem heimatlichen Boden. Er wählte die vertraute Volksmundart, um seinen Gedanken und Empfindungen in wirksamer Weise Ausdruck zu verleihen. — Viel Leid hat der Jubilar in seinem Leben erfahren: Mit 23 Jahren verlor er den besten Teil seines Gehörs; zwei Frauen sind ihm im Tode vorausgegangen und sein einziger Sohn starb fern vom Vaterhaus. Aber alle diese Schicksalsschläge haben ihn nicht bitter gemacht. Glaube und Hoffnung hielten ihn aufrecht. Was er einst einem seiner Freunde ins Stammbuch schrieb, zeigt so recht die Triebkraft seines Lebens und Leidens:

Was ist's, das unsterbliche Geister entzückt, wenn sie niederblicken zur Welt?
Ein Herz, nie vom Unglück zu Boden gedrückt, ein Mut der im Kampfe sich hält!.
Ein gläubiges Auge, das fest und kühn zum Himmel empor sich rafft!
Hoch oben, wo die ewigen Sterne glühn, da wohnt die ewige Kraft.

Seine besten und treuesten Freunde aber sind die Klassiker der deutschen Literatur. Wenn ihn nicht gerade das schöne Wetter hinauslockt in den geliebten Wald, so kann man sicher sein, ihn des Abends oder Sonntags in Gesellschaft seiner Bücher zu finden. Aus ihnen nährt er seinen Geist und aus diesem Umgang mag auch die Liebe zur Dichtkunst bei ihm erwachsen sein. „Wenn ich meine Musen nicht hätte, wäre ich ein unglücklicher Mann", kann man ihn bisweilen sagen hören. Und heute noch schreibt der Fünfundsiebzigjährige eine Handschrift, die ihresgleichen sucht. So verleugnet er nicht den Geist seiner Väter. Von Herzen wünschen wir dem Jubilar, der nach einer kürzlich überstandenen Operation seinen Geburtstag im Bezirkskrankenhaus verbringen muß, baldige volle Genesung und einen sorgenfreien glücklichen Lebensabend.

Vom **Württemb. Frontkämpferbund** wird uns geschrieben: Um die in letzter Zeit vielfach geäußerten Wünsche nach einem Zusammenschluß aller ehemaligen Frontkämpfer, die unter Einsetzung von Leben und Gesundheit den heimatlichen Boden vor dem Ansturm der Feinde verteidigt haben, zu verwirklichen, hat ein aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzter Kreis ehemaliger Frontkämpfer die Gründung des Württ. Frontkämpferbundes am 14. Januar 1924 in Stuttgart vollzogen. Der Bund bezweckt den Zusammenschluß aller der Frontkämpfer, die ohne Unterschied von Dienstgrad, Beruf und Partei bereit sind, am Wiederaufbau unseres darniederliegenden Vaterlandes mitzuarbeiten und die Einigung in unserem Volk wieder herzustellen. Dazu sind in erster Linie die ehemaligen Frontkämpfer berufen, die den Kern bilden müssen, um den sich unser innerlich zerrissenes und an nationalen Gütern so arm gewordenes Volk wieder zusammenschließen und dem es wie einst vertrauen kann. Die Hauptziele des Bundes sind neben der Pflege der Erinnerung an die glorreichen Taten der alten Wehrmacht, die Stärkung und Verbreitung des vaterländischen Gedankens, die Erziehung des Volkes zu körperlicher und sittlicher Tüchtigkeit, auskömmliche Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie die Vertretung der Interessen der Frontkämpfer im Berufs- und Wirtschaftsleben. Neben diesen Hauptzielen tritt der Bund für folgende Forderungen ein, deren Verwirklichung er auf gesetzlichem Weg erstrebt: Einführung eines nationalen Gedenktages zu Ehren unserer gefallenen Kameraden, Schutz gegen Beschimpfung der alten Wehrmacht und ihrer Führer, Bekämpfung der Schuldlüge und des Versailler Vertrages, Bekämpfung der Verleumdungen unserer Kriegsführung und Verbreitung der Wahrheit über die Kriegführung der Feinde, Wiedereinführung der alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot, unter denen wir gekämpft und geblutet haben, Einführung eines Arbeitsdienstjahres. Der Bund ist weder parteipolitisch eingestellt, noch wird er von irgend welchen „Drahtziehern" und „Strohmännern" beeinflußt. Lediglich aus Liebe zu unserer schwäbischen Heimat und unserem großen deutschen Vaterland und im Bewußtsein der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Frontkämpfer und der Erreichbarkeit der gesteckten Ziele ist die Gründung des Bundes erfolgt. An alle in Stadt und Land, die in Ehren an der Front standen, ergeht deshalb der Ruf: Tretet ein in den Württ. Frontkämpferbund (Geschäftsstelle: Stuttgart, Tulpenstraße 11, I).

Württemberg.

Stuttgart, 11. Febr. (Niederlage der Kommunisten bei den Gemeindearbeitern.) In der Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Stuttgart, wurde die ganze Ortsverwaltung durch Kollegen der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung besetzt.

Ludwigsburg, 10. Febr. (Pferdemarkt.) Der Ludwigsburger Pferdemarkt, der am 10. und 11. März abgehalten wird, ist durch den überaus zahlreichen Besuch der letzten paar Jahre zu einem der bedeutsamsten Märkte des ganzen Landes geworden. Die Stadt selber mit ihren großen von der großen Garnison übernommenen Hallen und freien Plätzen, die alle unmittelbar beim Markte liegen, hat allen andern Marktstädten insofern viel voraus, als sich der Markt selber wie auch die Ausstellung und die übrigen Veranstaltungen am selben Platze abspielen können, ohne nach der einen oder anderen Seite hin beengt zu sein. Neben einer Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten werden die verschiedenen Prämierungen, die Reit- und Fahrübungen der Reichswehr und der Umzug eine Hauptanziehungskraft ausüben. Neu aufgenommen in das diesjährige Programm wurde der „Sternritt" für Reitergruppen der ländlichen Jugend Württembergs, soweit sie nicht bei einer berittenen Truppe des alten Heeres gedient haben. Jede Reitergruppe, geführt von einem früheren Angehörigen der berittenen Truppe, hat vor der Prüfung mindestens 15 Kilometer auf ihren Pferden zurückzulegen. Am Dienstag findet dann eine Verfassungsprüfung dieser Pferde, die Vor- und Hauptprüfung und anschließend die Preisverteilung statt. So dürfen auch in diesem Jahre die auf den Pferdemarkt gesetzten Erwartungen sich ganz erfüllen.

Marbach, 11. Febr. (Protestversammlung.) In einer aus Stadt und Bezirk stark besuchten Versammlung sprach Stadtschultheiß Forstner über die Nachteile der Aufteilung des Oberamtsbezirks. Es wurde einmütig eine nachdrückliche Protestkundgebung beschlossen.

Unterhausen, 10. Febr. (Festnahme einer Einbrecherbande.) Wie schon kurz gemeldet, ist als Täter des beim Bauern Geckeler in Ohmstetten verübten Rinddiebstahls ein gewisser Karl Allramseder aus Bayern verhaftet worden. Er hatte sich im Pumpwerk der Albwasserversorgungsgruppe eingemietet, um eine Schweinemästerei und Käserei zu betreiben, aus der aber nichts wurde. Mit ihm wurde sein Schwager Max Brida aus Zabern und der 19 Jahre alte Alfred Bosler aus Würtingen verhaftet. Nach langem Leugnen legten sie ein Geständnis ab. Bosler holte das Rind aus dem Stall, während die beiden anderen Posten standen. Sie hatten einen Schlitten und Säcke bei sich. Zu Hause wurde das Rind abgeschlachtet und das Fleisch in einer Kiste verwahrt, im Roßstall vergraben. Allramseder und Bosler konnten noch 20 weitere Diebstähle nachgewiesen werden, so der Einbruch auf dem Stahleckerhof, der Riemendiebstahl in Würtingen, der Mehldiebstahl bei Müller Krieg in Honau, verschiedene Fahrraddiebstähle in Reutlingen und Urach. Bis in die Ulmer Gegend haben sie ihr unsauberes Handwerk ausgedehnt.

Tettnang, 10. Febr. („Luna" auf der Entenjagd.) In einer hiesigen, aus zwei Personen bestehenden Familie gab es in den letzten Tage einige Entenmittag- und -Abendmahlzeiten, die man „Luna", der vierbeinigen Dritten im Bunde, zu „verdanken" hatte. In einem Anfalle von Jagdgelüste hatte nämlich der erst 6 Monate alte Hund zwei dem lieben Nachbarn gehörige, fette Enten so apportiert, daß sie sofort „weg" waren. Die Folgen waren für den Hausherrn eine Rechnung über 6

---

23) **Der Kampf im Spessart.**

Erzählung von Levin Schücking.

„Wir hätten ihn so oft geschlagen!"

„Nicht immer!"

„Ah bah, fast immer. Und wenn Bonaparte, dieser junge Teufel, ihn von Süden, Moreau, dieser alte Löwe, ihn von Westen und wir uns alle für wahre Teufel hielten, ihn von Norden packten, wie konnten wir etwas anderes erwarten, als ihm über den Leib zu marschieren bis nach Wien!"

„Und trotz aller eurer Teufeleien und eures Löwengebrülls seid ihr nun doch geschlagen!" erwiderte bitter Marcelline dem General Duvignot.

„Wir werden schon Revanche nehmen! Aber ich sehe da Häuser," unterbrach sich der General, auf die Mühle und das Forsthaus deutend. „Ob das Goschenwald ist? Lassen Sie sehen," wandte er sich zum Adjutanten.

Der Adjutant reichte ihm die Karte; während er darauf suchte, sprengten ein paar seiner Reiter sowohl nach der Mühle, als nach dem Forsthause hinüber. Aber trotz des Gerassels, das ihre an die Türen pochenden Säbelscheiden machten, öffnete sich keine dieser Türen. Das Mühlrad stand still, kein Rauch kräuselte sich über den Essen. Die Müllersleute sowohl wie Frau Margaret im Forsthause mit ihrem kleinen Schützling mußten sich geflüchtet haben.

„Die Wohnungen scheinen verlassen," sagte Duvignot, „auch ist die Entfernung von der Heerstraße nicht groß genug, als daß dies Goschenwald sein könnte. Nur weiter, weiter!"

Das Geschwader setzte sich trotz des steinigen und steiler werdenden schmalen Weges in Trab. Die Spitze der Truppe hatte nach einer Viertelstunde die Höhe erreicht, auf der man in das enge Bergtal hinunterschaute, das von Haus Goschenwald beherrscht wurde. Bald nachher wurde auch dieses letztere sichtbar.

„Ah, das sieht ja vollständig gastlich und einladend aus, dieser alte Edelhof; die Essen rauchen — man ist eben beschäftigt, Ihnen eine Suppe zu kochen, Marcelline!" rief Duvignot aus. „Ich bin glücklich, Sie in ein solches Quartier senden zu können."

Die Frau blickte verzagend auf das alte Gutsgebäude. Sie fühlte sich freilich bis zum äußersten ermüdet und bebte doch vor dem Gedanken, allein zu bleiben zurück.

„Sie müssen sich darein fügen, meine Teure, es geht nicht anders," fuhr er fort. „Während ich mich links durchzuschlagen suche, um die freie Heerstraße wiederzugewinnen und ohne Aufenthalt an mein Ziel zu kommen, müssen Sie sich dort oben Ruhe gönnen. Unsere Truppen werden die Wege für Sie bald freigemacht und gesäubert haben. Aber mich können Sie nicht weiter begleiten. Mein Gott, wenn Sie mir vor Erschöpfung ohnmächtig, wenn Sie mir krank würden, was dann? Dürfte ich Ihretwegen mich aufhalten? Und könnte ich Sie doch verlassen, verlassen unter freiem Himmel, in der Nacht, die herannaht? Seien Sie vernünftig, Marcelline, ich flehe Sie darum an!"

„Mein Gott, wenn es sein muß, so bin ich ja bereit," sagte die Dame resigniert. „Welche Mannschaft werden Sie mir zu meinem Schutze lassen?"

„Die ganze Schwadron, wenn Sie wollen, ich werde nur ein Dutzend Chasseurs zu meiner Begleitung bei mir behalten. Dubois, zählen Sie so viel Mann, die bei uns bleiben, ab! Sie, Kapitän Lessaillier," wendete er sich an einen andern Offizier, „bleiben mit Ihrer Schwadron als Eskorte der Dame."

Das Dutzend Reiter wurde vorkommandiert, und Duvignot nahm Abschied von seiner Begleiterin.

„Adieu," rief er, die Hand, welche sie ihm reichte, ergreifend und an seine Lippen ziehend. „Ich werde Ihnen in Frankfurt Quartier machen. Ich werde Sorge tragen, daß im Hause Ihres Mannes alles zu Ihrem Empfange in Bereitschaft ist. Adieu, meine Teure! Lessaillier, Sie werden das Vertrauen, das ich in Sie setze, indem ich Madame Ihrem Schutze übergebe, rechtfertigen!"

„Seien Sie überzeugt davon, mein General," antwortete militärisch salutierend der Offizier der Schwadron.

„Also noch einmal Adieu, Marcelline, ich lasse Sie in guter Hut!" rief der General aus, legte die Hand an den Hut und spornte sein Pferd an, um dem Weg zu folgen, der vor ihm ins Tal niederlief und dann sich links am Fuße der Höhe hielt.

Die Frauen mit ihrer Eskorte schlugen den Weg ein, der, sich rechts abzweigend, auf halber Berghöhe geradezu auf Haus Goschenwald führte.

Die Dame, welche der General Marcelline genannt hatte, sank, nachdem er sich von ihr getrennt, wie gebrochen vor Müdigkeit in ihrem Sattel zusammen. Die andere, ihre Zofe, musterte mit scheuem und mattem Blick den alten Edelhof vor ihr.

„Werden wir da nun zu Rast und Ruhe kommen?" rief sie aus.

„Wir wollen es hoffen," sagte ihre Herrin mit einem Seufzer, „und wenn wir es auch nicht hoffen dürfen, es ist doch besser so, daß wir den General haben vorausziehen lassen."

„Besser? Den General, der unser bester Schutz war?"

„Ja, besser! Was würde man in Frankfurt gesagt haben, wenn ich an der Seite Duvignots da eingezogen wäre!"

Sie sagte dies in deutscher Sprache, um nur von der Zofe verstanden zu werden, während die bisherige Unterhaltung in französischer Sprache geführt worden war. (Fortsetzung folgt.)

Mark für zwei Ente
gen, für Luna aber d
Prügel als Beilage.
abschreckendes Erinne
tenschnabel.

Friedrichshafen,
nang.) In einer b
machte Stadtschultheiß
lung von der nicht u
Auflassung des Ober
gung mit dem Oberre
bewahrheitet, soll die
richshafen zum öffent

Gaildorf, 11. Feb
jährige Sohn des Gu
geladener Zimmerfli
Handhabung der Wa
unglücklich in den Ko

Karlsruhe, 9. Fe
lung des Philippsbu
kammer wurden nach
gefällt: Siegfried Ad
tin Braun, Albert D
liar, Wilhelm Gill;a
Bang, Josef Rutz 2,
Eugen Schrapp 2, A
und August Ludwig
wegen Aufruhr in T
gleichen Delikten in
Dahm, Karl Fießer 2
Riehl, Gustav Zieger
feyh Walter wurde zu
gesprochen wurde Ott

Gaggenau (Am
eine jugendliche Dieb
schen festgenommen
die seit einer Reihe
diebstähle in Privath
verübten. Es handel
arbeitsscheues Gesind

Schiltach, 11 Feb
zunehmen, deren Zah
sich um einen 22jährig
markung Schiltach) u
zell (Gem. Kinzigtal)
Die beiden Wilderer
Jagdpässen.

Gengenbach, 10.
hier der Dombaumei
Knauth. Der Verst
nach dem Waffenstill
den Stützungsarbeiter
die Anerkennung des
Lothringen, des jetzig
erhielt. Knauth wur
die französische Staat
tes enthoben u. nach

Freiburg, 9. Feb
ernbank in Freiburg
auf 25 Prozent. De
kanntgabe der dritten

Heidelberg, 8. Fe
hat der 50jährige La
wegen solchen Dinge
chenlang begangen.
verhandlung erklärte,
die Heid verkaufte, u
bzw. 200 Teile Wass
misch weißes Wasser o
aus Not gehandelt u
naten Gefängnis kön
vorliege. Das Gerich
walts, der zehn Mona
beantragt hatte, infol
zu einem Jahr Gefä
urteilte. Der Gerichts
keine Zuchthausstrafe

Beuron, 11. Febr
berg, der dritte Sohn
der seit einigen Jahr
hiesigen Kloster weilt,
gelübde der Regel des

Tollwut. In Ba
den. Im Bezirk sind
die nicht angekettet u
Schlossermeisters Dö
tion des Hundes und
Gehirnes im Tierseu
Hund die Tollwut hat
einem anderen gebisse
ihrem eigensten Inter
schriften genau beacht
— Der Händler J
Wald) wurde von ein
in den Finger gebisse
in die Wutschutzstation
Heimat zurückgekehrt,
brechenden Tollwut e
dieser fürchterlichen K

Zu dem Lawinen
direktion der österreich
10 Uhr vormittags, ist
wine niedergegangen.
Vorschublokomotive m
mehrere Streckenarbei
arbeiten wurden sofort
gen, den Lokomotivfü
bergen.

Schieber auf Reise
des französischen Fran
die Pariser Presse ge
jedoch energisch durch
hundert Ausweisungen
nen sollten über die b
Die belgische Regierun
bedankt und sandte sch
sche Grenze wieder zu
enthalt in Frankreich
willigung nicht erteilt,
Station errichtet werd
ten können. Augenblic
mit Gesuchen um Ein
ist man jedoch diesmal
strom beide Arme ent
visenhamsterer und Sc
mit ihrer datierenden A

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nationalen Gütern so arm
schließen und dem es wie
iele des Bundes sind neben
glorreichen Taten der alten
breitung des vaterländischen
kes zu körperlicher und sitt-
ersorgung der Kriegsbeschä-
die Vertretung der Inter-
und Wirtschaftsleben. Neben
für folgende Forderungen
gesetzlichen Weg erstreht:
ttages zu Ehren unserer ge-
Beschimpfung der alten Wehr-
ung der Schuldlüge und des
der Verleumdungen unserer
r Wehrheit über die Kriegs-
ung der alten Reichsfarben
gekämpft und geblutet ha-
stjahres. Der Bund ist we-
wird er von irgend welchen
n" beeinflußt. Lediglich aus
nat und unserem großen
ßstein der Notwendigkeit des
er und der Erreichbarkeit
ig des Bundes erfolgt. An
ren an der Front standen,
in den Württ. Frontkämp-
Tulpenstraße 11, F.

berg.

ge der Kommunisten bei den
raversammlung der Ge-
Stuttgart, wurde die ganze
Amsterdamer Gewerkschafts-

bemarkt.) Der Ludwigsbur-
11. März abgehalten wird.
eisuch der letzten paar Jahre
des ganzen Landes gewor-
roßen von der großen Gar-
reien Plätzen, die alle un-
allen andern Marktstädten
rkt selber wie auch die Aus-
ungen am selben Platze ab-
n oder anderen Seite hin
ellung von landwirtschaftli-
n die verschiedenen Prämiie-
n der Reichswehr und der
ausüben. Neu aufgenom-
wurde der „Sternritt" für
nd Württembergs, soweit sie
alten Heeres gedient haben.
nem früheren Angehörigen
Prüfung mindestens 15 Kilo-
egen. Am Dienstag findet
r Pferde, die Vor- und
Preisverteilung statt. So
f den Pferdemarkt gesetzten

sammlung.) In einer aus
ersammlung sprach Stadt-
le der Aufteilung des Ober-
ine nachdrückliche Protest-

hne einer Einbrecherbande.)
er des beim Bauern Geckeler
ahls ein gewisser Karl All-
orden. Er hatte sich im
jägergruppe eingemietet, um
zu betreiben, aus der aber
Schwager Max Brida aus
red Bosler aus Würtingen
egten sie ein Geständnis ab.
all, während die beiden an-
nen Schlitten und Säcke bei
geschlachtet und das Fleisch
all vergraben. Allrauneder
e Diebstähle nachgewiesen
Etzbleckerhof, der Riemen-
bstahl bei Müller Krieg in
le in Reutlingen und Urach
ihr unsauberes Handwerk

uf der Entenjagd.) In einer
nden Familie gab es in den
nd Abendmahlzeiten, die
ten im Bunde, zu „verdän-
Jagdgelüste hatte nämlich
dem lieben Nachbarn ge-
daß sie sofort „weg" waren.
rrn eine Rechnung über 6

e sie ihm reichte, ergrei-
h werde Ihnen in Frank-
Sorge tragen, daß im
m Empfange in Bereit-
aillier, Sie werden das
em ich Madame Ihrem

in General," antwortete
r Schwadron.
ne, ich lasse Sie in guter
e Hand an den Hut und
folgen, der vor ihm ins
Fuße der Höhe hielt.
ugen den Weg ein, der,
ghöhe geradezu auf Haus

Marceline genannt hatte,
nnt, wie gebrochen vor
Die andere, ihre Zofe,
Blick den alten Edelhof

nd Ruhe kommen?" rief

Herrin mit einem Seuf-
offen dürfen, es ist doch
vorauszieher lassen."
bester Schutz war?"
Frankfurt gesagt haben,
eingezogen wäre!"
e, um nur von der Zofe
isherige Unterhaltung in
par. (Fortsetzung folgt.)

Mark für zwei Enten, für das Ehepaar einige Entenmahlzeiten, für Luna aber die Knochen mit einer mordsmäßigen Tracht Prügel als Beilage. Ueber ihrem „Platz" aber hängt noch als abschreckendes Erinnerungszeichen ihre Jagdtrophäe — ein Entenschnabel.

Friedrichshafen, 11. Febr. (Auflassung des Oberamts Tettnang.) In einer hier abgehaltenen Zentrumsversammlung machte Stadtschultheiß Schnitzler die aufsehenerregende Mitteilung von der nicht unbegründeten Nachricht einer drohenden Auflassung des Oberamts Tettnang und dessen Zusammenlegung mit dem Oberamt Ravensburg. Falls sich die Meldung bewahrheitet, soll die Bürgerschaft von Tettnang und Friedrichshafen zum öffentlichen Einspruch aufgerufen werden.

Gaildorf, 11. Febr. (Das gefährliche Spielzeug.) Der 15jährige Sohn des Gutsbesitzers Kühnle in Weiler begab sich mit geladener Zimmerflinte in den Garten. Durch unvorsichtige Handhabung der Waffe drang die Kugel dem jungen Mann so unglücklich in den Kopf, daß er auf der Stelle tot blieb.

Baden.

Karlsruhe, 9. Febr. In der heute fortgesetzten Verhandlung des Philippsburger Aufruhr-Prozesses vor der 4. Strafkammer wurden nach dreistündiger Beratung folgende Urteile gefällt: Siegfried Adler, Franz Albrecht, Rudolf Bischoff, Martin Braun, Albert Dreil, Ferdinand Rudolf Gilliar, Pius Gilliar, Wilhelm Gilliar 4, Heinrich Grill, Gustav Heft, Eduard Lang, Josef Ruß 2, Wilhelm Rau, Karl Reinhard, Karl Riehl, Eugen Schrapp 2, Adam Theodor Schlindwein, Gustav Zieger und August Ludwig Zopf erhielten je 6 Monate Gefängnis wegen Aufruhr in Tateinheit mit Landfriedensbruch; wegen des gleichen Deliktes in erschwerter Form erhielten Karl Friedrich Dahm, Karl Ziesser 2, Eugen Gilliar 3, Wilhelm Heft, Wilhelm Riehl, Gustav Zieger, je sieben Monate Gefängnis; Ernst Joseph Walter wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Freigesprochen wurde Otto Gilliar.

Gaggenau (Amt Rastatt), 10. Febr. Vorgestern wurde hier eine jugendliche Diebesgesellschaft von 17—21 Jahre alten Burschen festgenommen und ins Amtsgefängnis Rastatt abgeführt, die seit einer Reihe von Tagen leichtere und schwere Einbruchsdiebstähle in Privathäuser und in einem Eisenbahngüterwagen verübten. Es handelt sich hauptsächlich um erwerbsloses und arbeitsscheues Gesindel.

Schiltach, 11. Febr. Kürzlich gelang es, zwei Wilderer festzunehmen, deren Zahl im Wachsen zu sein scheint. Es handelt sich um einen 22jährigen Burschen von Bach-Altenberg (Gemarkung Schiltach) und um einen 30jährigen Mann aus Bergzell (Gem. Kinzigtal), welch letzterer Schlingen gelegt hatte. Die beiden Wilderer waren seltsamerweise im Besitz von württ. Jagdpässen.

Gengenbach, 10. Febr. Infolge eines Schlaganfalles starb hier der Dombaumeister des Straßburger Münsters, Dr. Knauth. Der Verstorbene, ein Altdeutscher, hatte bekanntlich nach dem Waffenstillstand noch längere Zeit seine Tätigkeit an den Stützungsarbeiten des Münsters fortgesetzt, wofür er auch die Anerkennung des damaligen Generalkommissars für Elsaß-Lothringen, des jetzigen Präsidenten der Republik, Millerand, erhielt. Knauth wurde, da er innerhalb der festgesetzten Frist die französische Staatsangehörigkeit nicht nachsuchte, seines Amtes enthoben u. nach einigen Monaten seine Entlassung verfügt.

Freiburg, 9. Febr. Als erste Bank will die badische Bauernbank in Freiburg ihre Spareinlagen aufwerten, und zwar auf 25 Prozent. Der endgiltige Beschluß soll aber erst nach Bekanntgabe der dritten Steuernotverordnung erfolgen.

Heidelberg, 8. Febr. Ganz ungeheuerliche Milchfälschungen hat der 50jährige Landwirt Peter Heid aus Meckesheim, der wegen solchen Dingen schon vorbestraft ist, im Herbst 1922 wochenlang begangen. Wie der Sachverständige in der Gerichtsverhandlung erklärte, enthielten zwei Proben der „Vollmilch", die Heid verkaufte, auf 100 Teile Milch nicht weniger als 109 bzw. 200 Teile Wasser. Der Amtsanwalt nannte dieses Gemisch weißes Wasser ohne Nährwert. Der Angeklagte habe nicht aus Not gehandelt und die zulässige Höchststrafe von sechs Monaten Gefängnis könne überschritten werden, da noch Betrug vorliege. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts, der zehn Monate Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe beantragt hatte, insofern noch hinaus, als es den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und 300 Goldmark Geldstrafe verurteilte. Der Gerichtsvorsitzende erklärte, es sei bedauerlich, daß keine Zuchthausstrafe verhängt werden könne.

Vermischtes.

Beuron, 11. Febr. Herzog Karl Alexander von Württemberg, der dritte Sohn des Herzogs Albrecht von Württemberg, der seit einigen Jahren mit dem Ordensnamen Frater Odo im hiesigen Kloster weilt, hat gestern in der Klosterkirche die Profeßgelübde der Regel des hl. Benediktus abgelegt.

Tollwut. In Pfullendorf ist die Tollwut festgestellt worden. Im Bezirk sind schon nahezu 20 Hunde erschossen worden, die nicht angekettet waren. — Vor kurzem ist der Hund des Schlossermeisters Höbel in Hechingen verendet. Bei der Sektion des Hundes und bei der mikroskopischen Untersuchung des Gehirnes im Tierseucheninstitut wurde festgestellt, daß der Hund die Tollwut hatte. Vor drei Wochen ist dieser Hund von einem anderen gebissen worden. Die Hundebesitzer handeln in ihrem eigensten Interesse, wenn sie die seuchenpolizeilichen Vorschriften genau beachten und ihre Hunde streng überwachen. — Der Händler Josef Urban in Cham (Bayerischer Wald) wurde von einem seiner Hunde, den er verkaufen wollte, in den Finger gebissen. Er begab sich sofort nach Nürnberg in die Wutschutzstation, wo er drei Wochen verbrachte. In seine Heimat zurückgekehrt, stellten sich bald die Anzeichen der ausbrechenden Tollwut ein und am Freitag ist der Händler nun dieser fürchterlichen Krankheit erlegen.

Zu dem Lawinenunglück bei Hieflau teilt die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen mit: Am 8. Februar, 10 Uhr vormittags, ist vom Großen Tamersbachturm eine Lawine niedergegangen, durch die in der Station Hieflau eine Vorschublokomotive mit Bemannung, sowie ein Vorschieber und mehrere Streckenarbeiter verschüttet wurden. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Bisher ist es nur gelungen, den Lokomotivführer in völlig verkohltem Zustand zu bergen.

Schieber auf Reisen. In den Wochen des plötzlichen Sturzes des französischen Franken sind eine Reihe von Ausländern an die Pariser Presse gelangt. Die französische Regierung hat jedoch energisch durchgegriffen und in diesen Tagen sind über hundert Ausweisungen verfügt worden. Die hiervon Betroffenen sollten über die belgische Grenze abtransportiert werden. Die belgische Regierung hat sich jedoch für diese Inflation sehr bedankt und sandte schleunigst den Transport über die französische Grenze wieder zurück. Da den Ausgewiesenen der Aufenthalt in Frankreich verboten ist und Belgien die Einreisebewilligung nicht erteilt, mußte vorläufig auf der Grenze eine Station errichtet werden, in der sich die Ausgewiesenen aufhalten können. Augenblicklich wird das Berliner Auswärtige Amt mit Gesuchen um Einreisebewilligungen bestürmt. Hoffentlich ist man jedoch diesmal energischer und breitet nicht diesem Zustrom beide Arme entgegen. Letzten Endes werden diese Devisenhamsterer und Schieber ja ein Heimatland haben, das sie mit ihrer dauernden Anwesenheit beglücken können.

Die Potsdamer Hypnoseangelegenheit, über die wir kürzlich an dieser Stelle berichteten, scheint sich mehr und mehr als ein Hypnose-Schwindel zu entpuppen. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, handelt es sich bei dem angeblich durch Hypnose um sein Augenlicht Gebrachten um einen schwer hysterischen jungen Mann von haltlosem Charakter, der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen längere Zeit mit erfolglosen Spekulationen große Geldsummen durchbrachte, darunter auch das Vermögen des jetzt von ihm bezichtigten Dr. Archelis, und der mit seinem Vater wegen seiner Unaufrichtigkeit in einem sehr gespannten Verhältnis lebte. Das Fehlschlagen der Spekulationen führte schließlich eine schwere Nervenerschütterung und in deren Folge eine zeitweise Erblindung des jungen Mannes herbei, der nach dem völligen Bruch mit seinen Eltern bei Dr. Archelis Aufnahme fand, dem es gelang, ihn zu beruhigen, was auch die Sehkraft wieder herstellte. Als seine Eltern ihn dann wieder bei sich aufnahmen, erfand er die Geschichte von der Hypnose.

Einäscherung einer der größten österreichischen Ziegeleien. Die Franzmeier-Ziegelei in Wels, eine der bedeutendsten Ziegeleien Oesterreichs, ist einem in der Nachtausgebrochenen Großfeuer zum Opfer gefallen. Die gesamten Fabrikanlagen nebst großen Warenvorräten sind vernichtet. Ein Arbeiter, der 35 Jahre lang im Dienste der Fabrik stand, ist in den Flammen umgekommen. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 10 Milliarden Kronen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 11. Febr. (Landesproduktenbörse). Da die Forderungen für Auslandsware in den letzten Tagen Steigerungen erfuhren, hat sich die Stimmung auf dem Getreidemarkt etwas fester gestaltet. In einem lebhaften Geschäft ist es aber immer noch nicht gekommen, da die Käufer nach wie vor Zurückhaltung beobachten. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 19—19,5 (am 7 Februar: 18,5—19), Sommergerste 17,5—18,5 (17,5—18), Roggen 16,5—17 (unv.), Haber 12,25—12,75 (12—12,5), Weizenmehl 30,5—31,5 (30—31), Brotmehl 27,5—28,5 (27,5—28), Wiesenheu 7,75—8,25 (unv.), Kleeheu 8,75 bis 9,75 (unv.), Stroh 5—5,5 (5,5—6) Mark.

Schozach OA. Besigheim, 10. Febr. (Weinversteigerung.) Bei der Weinversteigerung der Frhr. v. Sturmfelder-Hornecker'schen Gutsverwaltung wurden pro Hektoliter folgende Preise erzielt: Gem. Rot mit Portugieser 124, 129 Mark, Clevner-Riesling 130, 136, 162, 166, 170 und 213 Mark, edelfaule Auslese ebenfalls rot 200 Mark, Weißriesling 221 und 230 Mark und 1922er Schiller 66 Mark.

Metzingen, 11. Febr. (Viehmarkt.) Auf den Jahrmarkt waren zugetrieben: 124 Milchschweine, Preis per Paar 25—50 Mark, 12 Läufer, per Stück 40—70 Mark, 209 Stück Rindvieh, Preise: Ochsen, das Paar 600—900 Mark, Stiere, das Stück 150—300, Kühe, das Stück 200—500 Mark, Jungvieh 100—200 Mark.

Schweinemärkte. In Ellwangen kostete das Paar Milchschweine 20—40 Mk., in Güglingen Milchschweine 20—28, Läufer 60—120 Mark das Paar. In Heilbronn wurden für Milchschweine 10—18 Mark, für Läuferschweine 22—32 Mark pro Stück bezahlt, in Saulgau für das Paar Ferkel 30—42 Mark, Läufer 50—60 Mark, in Ulm galten Milchschweine 12—20 Mark, Läufer 30—45 Mark das Stück.

Fruchtmärkte. Der Schranne in Geislingen waren zugeführt: 40 Ztr. Kernen, 18 Ztr. Weizen, 2 Ztr. Haber, 8 Ztr. Gerste. Erlöst wurden pro Ztr. für Kernen 11—11,20, Weizen 9,50—11 Mk., Haber 6, Gerste 9,20 Mark. Alles wurde verkauft. — In Nagold waren zugeführt: 21 Ztr. Weizen, 9,6 Ztr. Mischfrucht, 9 Ztr. Gerste, 5 Ztr. Haber. Preise: Weizen 11—12 Mk., Mischfrucht 8,5—9, Gerste 8,5—9,5, Haber 7—8 Mark pro Zentner.

Neueste Nachrichten.

Köln, 11. Febr. Die Arbeiterschaft in der bergischen Textilindustrie ist ausgesperrt worden, weil sie die Anerkennung des Hagener Schiedsspruches über die 57 Stundenwoche ablehnte. Es handelt sich um etwa 2000 Arbeiter.

Berlin, 11. Februar. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird Montag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, zusammentreten. — Die nächste Plenarsitzung des Reichstags ist für den 20 Februar, nachmittags 3 Uhr, vorgesehen. — Auf eine Reichstagsanfrage hat der Reichsverkehrsminister geantwortet, er sei bereit, eine Zusammenstellung der finanziellen Einbußen der Reichsbahn infolge des Ruhreinfalls und der Einrichtung der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu liefern, sobald die hierfür nötigen und bereits eingeleiteten Arbeiten abgeschlossen sind. — Wie die „B. Z." berichtet, haben die Vorgänge am Devisenmarkt den Devisenkommissar zu einer eingehenden Untersuchung veranlaßt, ob überall die Vorschriften der Devisenordnung über die Bardeckung innegehalten werden. Für Verstöße gegen die Bestimmungen sind sehr rigorose Maßnahmen vorgesehen.

Wien, 11. Febr. Auf Einladung der Technischen Union trafen gestern mehrere hundert Arbeiterkinder aus Mitteldeutschland ein, die bei Arbeiterfamilien in Wien und Umgebung zu mehrmonatiger Erholung Aufnahme fanden.

Graz, 11. Febr. Der Landesparteitag der Großdeutschen Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, in der die Arbeitergemeinschaft mit den Christlichsozialen gebilligt wird, die separatistischen Bestrebungen in Deutschland und die Begünstigung ähnlicher Bestrebungen in Oesterreich aufs schärfste abgelehnt und betont wird, daß der dereinstige Anschluß nur an ein geschlossenes, einiges Deutsches Reich erfolgen könne.

Paris, 12. Februar. Am Schluß der gestrigen Sitzung hat die Kammer noch mit 389 gegen 81 Stimmen einen von Vaillant Couturier eingebrachten kommunistischen Abänderungsantrag abgelehnt, der die Revision der während des Krieges von den Industrie- und Handelsfirmen gemachten Gewinne durch eine Kommission von ehemaligen Kriegsteilnehmern forderte.

London, 11. Febr. Baldwin wurde bei der heutigen Zusammenkunft der Konservativen Partei im Hotel Cecil einstimmig zum Führer der Partei wiedergewählt. Er erklärte, der allgemeine Schutzzoll werde als Bestandteil des Parteiprogramms fallen gelassen, das Industrieschutzgesetz dagegen als Teil der konservativen Politik aufrecht erhalten werden.

Mexiko, 11. Februar. Die Bundestruppen melden, daß sie nach einer elfstündigen Schlacht bei Ocotlan einen entscheidenden Sieg über die Rebellen davongetragen haben. Die Verluste auf beiden Seiten seien sehr schwer. Die Bundestruppen verloren 300 Tote.

Auslieferung der Reichsbahnen.

Stuttgart, 11. Febr. In Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abg. Bazille betr. die Ausliefierung der Reichsbahn an das Großkapital nimmt das Arbeitsministerium auf seine Erklärung im Finanzausschuß vom 4. ds. mit dem Anfügen Bezug, daß die württ. Regierung, wenn sie auch die Gefahr der Auslieferung der Reichsbahn an das Privatkapital mit dem vorliegenden Plan nicht als gegeben ansehe, sich in ihrer weiteren Haltung durch den Beschluß des Finanzausschusses bestimmen lassen werde.

Weg von den Demonstrationen!

Stuttgart, 11. Febr. Das Ministerium des Innern weist anläßlich der von den Kommunisten geplanten Straßendemonstrationen die Bevölkerung in einer Bekanntmachung darauf hin, daß die Polizei angewiesen ist, verbotene Ansammlungen mit Entschiedenheit und mit allen Mitteln zu verhindern. Wenn auch zu erwarten ist, daß die Kommunisten infolge des Bekanntwerdens ihres Planes dessen Ausführung vertagen, wird die Bevölkerung doch nachdrücklich ermahnt, jetzt und in Zukunft Ansammlungen fernzubleiben. Neugierige haben etwaigen Schaden, den sie erleiden, sich selbst zuzuschreiben. Die Eltern sollten ihre Kinder streng anweisen, Ansammlungen aus dem Wege zu gehen.

Zusammenschluß der vaterländischen Verbände Bayerns.

Die Führer zahlreicher vaterländischer Verbände haben in zwei in München abgehaltenen Sitzungen eine vaterländische Arbeitsgemeinschaft gegründet, die auf unpolitischer und überparteilicher Grundlage beruht und sich als Ziel gesetzt hat, die vaterländische Einigung, den Schutz und die Stärkung der in der gesetzmäßigen nationalen Regierung verkörperten Staatsautorität und die Vorbereitung des deutschen Volkes auf die Erhebung und Befreiung. Der Arbeitsgemeinschaft gehören an die Verbände von 17 Gauen Bayerns, wozu auch der „Stahlhelm" kommt.

Urteil im Sprengstoffprozeß.

München, 11. Febr. In dem Sprengstoffprozeß gegen Steinfurt, Kummerer und Genossen sind die beiden Genannten zu je 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von 1 Jahr bis herunter zu Festungs- bzw. Gefängnisstrafen von 6 Monaten. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß die Angeklagten zum Teil noch nicht vorbestraft sind und die Polizei die Versammlung aushob, bevor noch eine besondere Tätigkeit entfaltet werden konnte. Strafverschärfend wirkte das Gemeingefährliche des Vorgehens. Der Einwand der Angeklagten, sie hätten einen Rechtsputsch verhindern wollen, ist vom Gericht zurückgewiesen worden, da in der fraglichen Zeit von einem Rechtsputsch keine Rede sein konnte.

Aus Bayern.

München, 11. Febr. Im Hinblick auf die in letzter Zeit wiederholt unternommenen Versuche, öffentliche politische Versammlungen zu stören und zu sprengen, gibt die Münchener Polizei bekannt, daß, wer nichtverbotene Versammlungen oder Umzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder Drohung verhindert oder sprengt, mit Gefängnis oder Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft wird. Gegen Ruhestörer wird die Polizei nachdrücklich vorgehen. — Der Münchener Staatsrechtslehrer Prof. Rothenbücher hat gegen Generalstaatskommissar von Kahr Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, weil dieser ihm in einer amtlichen Mitteilung über das Verbot der Rothenbücher'schen Broschüre „Der Fall Kahr" grobe Unwahrheiten und tendenziöse Entstellungen vorwirft. — Der Führer der Roßbachgruppe in München, Leutnant a. D. Heines, der im Zusammenhang mit dem Novemberputsch gesucht wurde, wurde bei der Aufhebung einer verbotenen Versammlung der Nationalsozialisten verhaftet.

Abflauen der Separatisten-Bewegung.

Nachdem die Regierungsgebäude in Mainz und Bingen und das Kreisamt in Großgerau von den Separatisten geräumt sind, ist Rheinhessen von den Separatisten gesäubert. Auch in der Pfalz liegen, wie aus Mannheim gemeldet wird, Anzeichen vor, die auf ein nahes Ende der Separatistenherrschaft hindeuten. Man schließt das daraus, daß dem Polizeidirektor in Ludwigshafen eine Aufforderung vom französischen Kommandanten zugegangen ist, eine Liste der Polizeibeamten einzureichen und dabei zu bemerken, ob die Waffen den Separatisten oder den Franzosen seinerzeit abgeliefert werden mußten. Man glaubt deshalb, daß die Franzosen den Beamten ihre Waffen wieder zurückgeben. Wie weiter gemeldet wird, haben die Erwerbslosen in Pirmasens das Stadthaus ohne Widerstand geräumt. Die deutsche Polizei ist von den Separatisten freigelassen worden und versieht wieder den Dienst. — Die Separatistenfahne auf dem Bürgermeisteramt Kaiserslautern ist am Samstag auf ungeklärte Weise von dort verschwunden, dagegen weht sie noch auf dem Bezirksamt. — Das staatliche Kurhaus in Bad Ems, das seit Anfang November 1923 der Sitz der Dorten-Regierung war, ist nunmehr von den Sonderbündlern verlassen und die Fahne entfernt worden, nachdem Dorten schon seit einiger Zeit von dort verschwunden war. — Einige Verfügungen der Besatzungsbehörden scheinen auf eine mildere Tonart gegenüber der Bevölkerung hinzudeuten. So wird der Verkehr der Straßenbahn über die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen von morgen ab wieder gestattet sein, nachdem er viele Monate unterbunden war. In Landau wurde die Unterstellung der städtischen Polizei unter den Befehl des französischen Platzkommandanten vom 7. Februar an aufgehoben.

Neuburg (Pfalz), 11. Febr. Am 9. Februar vormittags erschien ein Kraftwagen mit Separatisten in Neuburg, um den Bürgermeister festzunehmen. Als dieser sich widersetzte, erhielt er einen Brustschuß und einen Schlag mit dem Gewehrkolben auf den Kopf. Lebensgefährlich verletzt wurde er nach dem Karlsruher Krankenhause gebracht. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Sie schlug die Sonderbündler zum Ort hinaus und verwüstete das Auto. Die Separatisten mußten auf der Zollwache Schutz suchen, den sie dort auch fanden.

Bürgerlicher Sieg in Thüringen.

Berlin, 11. Febr. Das bis jetzt vorliegende vorläufige amtliche Wahlergebnis zum thüringischen Landtag ergibt für die Sozialdemokraten 140 121 Stimmen, Unabhängige 5063, Kommunisten 116 374, Freie wirtschaftliche Vereinigung 1940, Vereinigte Völkische 79 000, Ordnungsblock 305 474. Darnach haben die im Ordnungsblock vereinigten bürgerlichen Parteien: Deutsch-nationale, Landbund, Deutsche Volkspartei und Demokraten fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigen können. Sie werden also von 53 Sitzen im Landtag mindestens 25 besetzen.

Wie die Weimarische Landeszeitung „Deutschland" berichtet, dürfte nach den bis jetzt vorliegenden lückenhaften Wahlergebnissen die Zusammensetzung des neuen Landtages die folgende sein: 25 Abgeordnete des Ordnungsbundes, 5 Deutsch-Völkische, 12 Sozialdemokraten und 11 Kommunisten.

Weimar, 11. Febr. (Stand der Wahlen um 12 Uhr mittags.) Ordnungsbund 385 000, Ver. Sozialdemokraten 200 000, Kommunisten 150 000, Unabhängige 5000, Freier Wirtschaftsbund 2000, Deutschvölkische 78 000.

Der „Vorwärts" macht für die schwere Niederlage seiner Partei in Thüringen, wie zu erwarten war, in erster Linie den militärischen Ausnahmezustand verantwortlich. Sodann die Methode der Gegner, deren Waffe ausschließlich aus „gemeinen Verleumdungen" bestanden hätte. Schließlich die thüringischen Genossen, die den Schaden hätten eindämmen können, wenn sie den Kommunisten gegenüber eine klarere und festere Haltung eingenommen hätten. So etwas wie reumütige Einkehr und Selbstkritik ist also in diesen Ausführungen nicht zu verspüren. Im Gegenteil, während man außerhalb der Sozialdemokratie im allgemeinen geneigt sein wird, die Ergebnisse der Thüringer und auch der Lübecker Wahlen als Stimmungszeichen für die kommenden Reichstagswahlen zu betrachten, macht sich der „Vorwärts" in fast krankhaft anmutendem Hochmut Hoffnung auf Neuaufstieg eben durch die Reichstagswahlen. Sie würden nicht

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

„nach den Frosch-Perspektiven des Thüringer Ordnungsblocks, sondern unter den großen Gesichtspunkten der inneren und äußeren Politik geführt werden." — Die anderen Berliner Blätter beschäftigen sich hauptsächlich mit der Frage: „Was wird die Folge des Wahlergebnisses sein?" Man hält es durchweg für so gut wie ausgeschlossen, daß die Parteien des Ordnungsblockes eine Einheit gegen die Linke bilden werden. Es wird sich also entscheiden müssen, ob die Bahn frei wird für den Einzug der Großen Koalition nach sächsischem Muster, oder ob die Sozialdemokratie, noch immer unbelehrt durch ihre Mißerfolge, es vorziehen wird, mit den Kommunisten im Bund abermals in Opposition überzugehen. Was die einen fürchten, erhoffen die anderen. Nach der „Deutschen Zeitung" käme es nun darauf an, daß die vaterländischen Parteien sich einigen und eine „faule" Große Koalition verhindern. „Berliner Tageblatt", „Vossische Zeitung", „Germania" und auch in etwas vorsichtigerer Form die volksparteiliche „Zeit" sind der Ansicht, daß eine Koalition der Mitte jetzt die gegebene Lösung sei.

Vom Sachverständigenausschuß.

Berlin, 12. Febr. Vor dem ersten Sachverständigenausschuß war gestern der erste Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Freiherr von Wangenheim, erschienen. Er legte ausführlich die Lage der deutschen Landwirtschaft dar und führte aus, daß die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch die ungeheuere Steuerbelastung, das erhöhte Risiko des Betriebs und die sinkenden Reinerträge außerordentlich gesunken sei. Nachdem die Depositen der landw. Genossenschaften in Folge der Geldentwertung verschwunden seien, falle die ganze Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft auf die Reichsbank, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sei. — Am Nachmittag wurde der zweite Vorsitzende des Allg. deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, von dem Sachverständigenkomitee gehört. Für heute sind als Vertreter der Industrie Herr von Siemens und als Vertreter der Banken der Bankier Mendelssohn geladen.

Räumung des Ruhrgebiets gegen Internationalisierung der deutschen Eisenbahnen.

Paris, 11. Febr. Der „Matin" veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen offenbar von einer höheren Regierungsstelle beeinflußten Artikel über die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse. Er stellt die Frage: Um was handelt es sich? Erstens zu wissen, ob die Sachverständigen ein Problem ausarbeiten werden, das es uns gestatten wird, ohne irgend etwas von unseren Interessen zu opfern, nicht mehr das Industriegebiet, das wir in Pfand genommen haben, vom übrigen Deutschland zu trennen, und zweitens festzustellen, ob ein ständiges Regime eingerichtet werden kann, das uns Sicherheit gewährt und am Rhein an die Stelle der vom Friedensvertrag vorgesehenen Besetzung treten kann. Das Blatt erinnert daran, daß die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland zwar beträchtlich seien, daß aber mangels einer allgemeinen Regelung davon 893 Millionen Goldmark für die normale Besetzung und noch eine Summe für die Ruhrbesetzung abzuziehen sind. Der Rest müsse unter die Alliierten unter Berücksichtigung der Prioritäten verteilt werden. Die finanzielle Frage zwinge also, für weitere und regelmäßigere Einnahmen Sorge zu tragen. „Wenn die Sachverständigen von Berlin zurückkommen", fährt das Blatt fort, „werden sie zweifelsohne vorschlagen, daß sämtliche deutsche Eisenbahnen einer internationalen Gesellschaft ausgeliefert werden, um als Pfand für eine Anleihe zu dienen. Sie werden sich auch der Zolleinnahmen bedienen und fordern, daß das Budget durch eine Verminderung der Ausgaben und eine Erhöhung der Steuern ausgeglichen wird." Dieser Bericht müsse studiert werden, und zwar durch die Reparationskommission, um einen allgemeinen Plan der Arbeiten der Sachverständigen aufzustellen. Andererseits müsse die Frage erörtert werden, welche Maßnahmen für die Sicherheit Frankreichs geeignet erscheinen. Auch hierfür gebe es einen kompetenten Organismus: das interalliierte Militärkomitee unter dem Vorsitz von Marschall Foch. In zwei oder drei Monaten also werde die französische Regierung wissen, was die Zahlungen Deutschlands und die Kreditoperationen auf Grund der Arbeiten der Sachverständigen einbringen könnten und sie werde auch wissen, was die militärischen Chefs von einer interalliierten defensiven Organisation unter der Kontrolle des Völkerbundes dächten. Frankreich könne umso leichter versuchen, eine Verständigung zu finden, als es den kostbaren Trumpf des Ruhrgebiets in Händen habe. Es könne den anderen Mächten sagen: Wenn diese Besetzung euch behindert und der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Europas hinderlich ist, so könnt ihr sie einschränken und beispielsweise damit beginnen, die innere Zollinie aufzuheben unter der Bedingung, daß die Zahlungen durch ein internationales Konsortium gesichert werden. In defensiver Hinsicht könne man sogar genaue Bedingungen gegen jede Aenderung des Besatzungsregimes formulieren. Beispielsweise sei die französisch-belgische Eisenbahnregie eine Garantie militärischer Art und ein Pfand. Wenn alle Eisenbahnen Deutschlands kontrolliert und von einem internationalen Komitee geleitet würden, und wenn ihre ganzen Aktiven und ihre Einnahmen als Pfand dienten, dann habe die regionale Pfandnahme der Eisenbahnen nicht mehr den gleichen Sinn. Die Kontrakte mit den Industriellen seien unerläßlich bis zu dem Tage, an dem Kontrakte beständen, deren Ausführung von allen deutschen Industriellen garantiert sei. Es gebe ein höheres Interesse, daß dieses Problem zu positiven Lösungen durch französische Sachverständige geführt und in den technischen interalliierten Organismen diskutiert würde, die der Friedensvertrag von Versailles geschaffen habe.

Hösch bei Poincare.

Paris, 11. Febr. Der deutsche Botschafter von Hösch wird heute nachmittag 2¼ Uhr von dem Ministerpräsidenten Poincare empfangen werden.

Paris, 12. Febr. Der diplomatische Havasredakteur glaubt zu wissen, daß die Ausführungen, die gestern der deutsche Botschafter von Hösch dem Ministerpräsidenten Poincare gegenüber machte, allgemeinen Charakters waren. Es scheine nicht, daß Herr von Hösch eingehendere und neue Vorschläge gemacht habe. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß er auf die Erklärung angespielt habe, die Reichskanzler Dr. Marx vorgestern den Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes gegeben habe. Zu bemerken sei, daß das offizielle Communiqué folgende Punkte anführe: Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität des Reiches im Ruhrgebiet, ein 2—3jähriges Moratorium und nach dieser Zeit eine feste jährliche Zahlung von 1,2 bis 1,8 Milliarden Goldmark, die durch die Eisenbahn, den gesamten beweglichen Besitz des Reiches, durch Zollabgaben und Monopole garantiert werden solle. Der Ministerpräsident habe die Möglichkeit der Fortsetzung der Diskussion über diese Probleme keineswegs abgelehnt und Herrn von Hösch im Gegenteil gebeten, ihm die Einzelheiten der Vorschläge, die er der französischen Regierung zu machen gedenke, schriftlich zu unterbreiten, damit er sie eingehend prüfen könne.

Bekanntmachung.

Der Landeskriminalpolizei ist es gelungen, durch Verhaftung eines kommunistischen Kuriers und Beschlagnahme des von ihm mitgeführten Materials einwandfrei den Nachweis dafür zu erhalten, daß die Kommunisten planten, am 13. Februar im ganzen Reich Demonstrationen zu veranstalten, mit dem ausgesprochenen Zweck, blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Die Erwerbslosen und aus den Betrieben geholte Arbeiter sollten in gewissenlosester Weise hiezu mißbraucht werden, während die eigentlichen Anstifter sich im Hintergrund halten wollten. Auszüge aus dem Material werden heute in der Tagespresse bekannt gegeben.

Das Ministerium nimmt Veranlassung, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß die Polizei angewiesen ist, verbotene Ansammlungen mit Entschiedenheit und mit allen Mitteln zu verhindern.

Wenn auch zu erwarten ist, daß die Kommunisten infolge des Bekanntwerdens ihres Planes dessen Ausführung vertagen, wird die Bevölkerung doch nachdrücklich ermahnt, jetzt und in Zukunft Ansammlungen fernzubleiben. Neugierige haben etwaigen Schaden, den sie erleiden, sich selbst zuzuschreiben. Die Eltern sollten ihre Kinder streng anweisen, Ansammlungen aus dem Wege zu gehen.

Stuttgart, den 9. Februar 1924.

Ministerium des Innern: Bolz.

Maul- und Klauenseuche.

Infolge Ausbruchs der Seuche in Ellmendingen fallen die Gemeinden **Ober- und Unteriebelsbach** nach § 189 der Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 11. Juli 1912 in das **Beobachtungsgebiet**; das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit fremden Wiederkäuergespannen durch diese Gemeinden ist verboten.

Nachdem die Seuche in den benachbarten Bezirken wieder erheblich um sich greift, ist größte **Vorsicht** im Viehverkehr dringend geboten.

Neuenbürg, den 11. Febr. 1924. **Oberamt:** Amtmann Heckel.

Stadtgemeinde Calw.

Stammholz-Verkauf

am **Donnerstag, den 21. Februar 1924, nachmittags 2 Uhr,** im Rathaus im schriftlichen Aufstreich über

Fi. und Ta.: 280 Fm I.—VI. Klasse,
Fo.: 78 Festm. II.—IV. Klasse.

Die Angebote zum Verkauf wollen verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen rechtzeitig bei der Stadtpflege abgegeben werden.

Losverzeichnisse und weitere Auskunft durch Herrn Förster Wintterle in Calw.

Den 9. Februar 1924 **Stadtpflege.**

Tüchtige Reisende

für Stoffe und Manufakturwaren bei hoher Provision gesucht.

Angebote erbittet unter Nr. 23 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Tüchtiges, ehrliches

Mädchen

für alle vorkommenden Arbeiten bei guter Behandlung und hohem Lohn auf 1. März gesucht.

Frau Held, Waldrennachersteige.

Stadtgemeinde Wildbad.

Nutz-Brenn-Holz-Verkauf

am **Freitag, den 15. Febr. 1924,** vorm. 10 Uhr, auf dem Rathaus in Wildbad tannene Roller: 46 Rm. II. Klasse; fo. Rugel: 31 Rm.; ta. Nutzscheiter: 6 Rm. Losauszüge und Auskunft durch die Stadtpflege.

Perfekte

Stenotypistin

sucht Stellung als Sekretärin in **Badeorts,** Saisonstellung bevorzugt.

Angebote sind zu richten unter M S 240 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Ordentlichen, ehrlichen

Jungen,

der das **Malerhandwerk** gründlich erlernen will, nimmt in die Lehre

Gebrüder Wittel,
Malermeister.

Neuenbürg.

Wasserglas

empfiehlt

Carl Mahler.

Neuenbürg.

Leiterwagen und Räder

empfiehlt billigst

Albert Weik.

Arnbach.

Eine

Kälber-Kuh

verkauft

Karl Bertsch.

Schönes heizbares

Zimmer

mit elektrischer Beleuchtung zu mieten gesucht.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg (Enz).

Wir empfehlen unseren Mitgliedern neu eingetroffen zu äußerst billigen Preisen:

1 Waggon prima Weiß- und Brotmehl,
1 „ „ Futtermehle,
1 „ „ Gerste,

gleichzeitig empfehlen wir

norddeutsche Saatkartoffeln.

Höfen a. Enz.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer werten Einwohnerschaft von **Höfen u. Umgebung** mache ich die höfl. Mitteilung, daß ich am hiesigen Platz ein

Schuhmacher-Geschäft

eröffnet habe. Ich empfehle mich in **Maßarbeit** in Boxkalf, Rindbox und Rindleder, genäht und holzgenagelt, je nach Wunsch, sowie **Reparaturen, Sohlen** und **Absätze,** genäht und holzgenagelt.

Herren-Sohlen und Absätze, genäht	. . .	5.— Mark,
holzgenagelt	. .	4.50 „
Damen-Sohlen und Absätze, genäht	. . .	4.— „
holzgenagelt	. .	3.50 „
Knaben-Sohlen und Absätze werden wie Damen berechnet,		
Mädchen-Sohlen und Absätze, 30—36,		2.80—3.— Mark,
Kinder-Sohlen und Absätze 26—30,		2.00—2.50 „
Herren-Absätze	. . . . .	1.60 „
Damen-Absätze	. . . . .	1.30 „

Flickerei wird nach Zeit berechnet.

Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Achtungsvoll!

Albert Haffa, Schuhmachermeister,
Alte Straße Nr. 90.

Unterkollbach.

Stammholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde bringt nächsten **Donnerstag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr,**

27 Stück Tannenholz

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf (beim Anwaltamt).

Zur Hälfte sofortige Bezahlung, zweite Hälfte bis 20. März 1924. Kaufsliebhaber eingeladen.

Gemeinderat.

Neuenbürg.

Bestellungen auf

Saatfrucht, Saatkartoffeln

bei dem **landwirtschaftlichen Verein** nimmt entgegen

K. Kaiser.

Schwann.

Empfehle fürs kommende Frühjahr alle Sorten

Feld- u. Gartensämereien

in bekannt guter Ware mit hoher Keimfähigkeit, ferner

Steckzwiebeln und Saatbohnen.

Oben genannte Artikel können auch in den Niederlagen bei Herrn **Albert Bender in Neuenbürg** und Herrn **Ernst Pfrommer,** Malermeister und Handlung **in Herrenalb** bezogen werden. Postbestellungen **von 10 Mark an** werden franko geliefert.

Karl Gentner,
Handelsgärtnerei, Baumschulen u. Samenhandlung.
Telefon Nr. 12.

Am **Mittwoch morgen 9 Uhr** bringe ich folgendes zur

Versteigerung:

Ein großer **Futterschuppen** zum Abbruch, Bretter und Holz in gutem Zustand, **ca. 10 Ztr. Heu,** eine **Futterschneidmaschine,** ein **Kuhgeschirr,** zwei **Kuhketten,** eine **Tirolerpeitsche** und ein guterhaltenes **Fahrrad** gegen bare Bezahlung.

Raumel, Rotenbach

Billig! Kaufen Billig!

Sie bei mir

Herren-Anzüge, Windjacken, Gummi-Mäntel, Arbeits-, Manchester-, Streifen- und Sporthosen, blaue Arbeitsanzüge, gestrickte Kinder-Anzüge,

ferner

gute Anzug-Stoffe.

Anfertigung sämtl. Herren-Bekleidung nach Maß.

Hans Wurster,
Maß- und Konfektions-Geschäft,
Calmbach, Hösenerstr. 19.

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 80 Goldpfennige, durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 90 Goldpfennig m. Postbestellgeb.
Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei d. O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

№ 37.

Eberbach, 8. Febr. an den Staatspräsidenten halts gerichtet: „Aus die badische Regierung einen Ueberfall auf m zu längeren Gefängnis fung des Reichspräsid weiter melden, soll au Staatsbürger, der in rika wegen angebliche 26 Jahren Zuchthaus jenigen, welche in Ebe den sind, freigelassen eine neue Note in d den angenehmsten Er ein mir von meinen den unangenehm end lichen die Freiheit e Qual erspart zu habe genes Empfinden ge zeichnet in Hochachtun

München, 12. Feb empfing den Vorsitzen Ausgewiesenen, der i in einem eingehenden der ausgewiesenen pfä

München, 12. Febr der Generalstaatskom geladenen Funktionär Ereignisse am 8. und mit zusammenhängend Amtsgeheimnisses ent

Saulgau, 11. Feb gestern gelegentlich ein lung über die politisch wie er dies in letzter Stellen seiner Rede ver bung. U. a. betonte Volkszeitung, daß wir hinaus seien. Die Lo Volke die ganze Wahrh Ruhe und Geduld brin deres als einen langen auf Stimmenfang aus tei und keiner Regierun das Volk dabei wohl fi keine Regierung erleid gleichen und die Verte werde die Besteuerung Frage der Aufwertung eine Aufwertung erst vornehmen wolle, rau Staat müsse den Willen nen Verpflichtungen sich der Minister auch Bauern sei es nie bess schaft. Er habe sich auf die mageren Jahr Lage müsse der Bauer kommen, in der eine sie zu tun habe, um d retten. Da bleibe nur ner jung bezeichnete de bund schimpfe und kri der Kreditnot teilte de Gange seien, diese Frag nicht glauben, daß au Wohnungszwangswirts vierfache Friedensmiete Beseitigung der Wohn das Ziel bleiben, aber bei der heutigen Wo Zwangswirtschaft more billige Kredite könnte d da komme man nicht w mung nicht verabschiede der laufe, werde sich a Frage der Aufhebung der Staat könne den A großer und leistungsfä Summen sich ersparen komme, so sei daran n Volk, das diese Erspar Verringerung der Umla

Aufklär

München, 12. Febr. außenpolitische Sensati im „Vorwärts" veröffe wurde, daß in jener Pu Befehl des Generalstaat soldaten Waffen und M len übergeben worden Morgenausgabe der „V Absender dieses Briefes, schriftliche Erklärung Empfänger meines im Briefes gehört der Stu deutschen Arbeiterpartei Spitzel linksradikaler K len gelang es aber nich

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw